

Deutsche Gesellschaft für  
Ur- und Frühgeschichte e.V.

**DGUF**

DGUF-Büro  
Hofgut Eich  
63589 Linsengericht  
Tel.: 06051- 60 80 60  
Fax: 06051 - 60 95 36  
buero@dguf.de

DGUF-Vorstand und  
wissenschaftlicher Beirat der DGUF

An:

die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien:

Christlich Demokratische Union / CDU

Sozialdemokratische Partei Deutschlands / SPD

Freie Demokratische Partei / FDP

DIE LINKE.

Bündnis 90/Die Grünen

Christlich Soziale Union / CSU

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009 an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien

Die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte hatte den im Bundestag vertretenen Parteien jeweils mit Schreiben vom 6. August 2009 einen Fragenkatalog zu Themen der Archäologie, der Denkmalpflege, des Kulturgutschutzes und des Kulturlandschaftsschutzes zukommen lassen. Wir freuen uns sehr, dass sich die Parteien in unsere größtenteils detaillierten Fragen vertieft und uns sehr ausführlich und mit nachweisbar hohem Sachverstand geantwortet haben.

Der Fragenkatalog beinhaltet 8 Fragenkomplexe zu verschiedenen, für die im Bereich des Bundes relevanten Themen. Einen Schwerpunkt bildet der Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Um die Hintergründe und Ziele unserer Fragen genauer zu umreißen,

hatten wir dazu jeweils den Sachstand näher erläutert. Gesondert möchten wir auf die am Schluss genannten Dokumente aus dem Deutschen Bundestag hinweisen, die über Initiativen und Positionen bei Gesetzesinitiativen und ggf. anderen Initiativen im Bereich Denkmal- und Kulturlandschaftsschutz näheren Aufschluss geben.

Die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte (DGUF) dankt den Parteien für Ihre Mühen bei der Beantwortung und hofft, dass alle an Fragen der Archäologie, der Denkmalpflege und des Kulturlandschaftsschutzes Interessierten darin weitere Orientierung für ihre Wahlentscheidung finden.

Hier finden Sie die Antworten der Parteien zum Themenbereich IV. Erinnerungskultur und Medien.

## IV. Erinnerungskultur und Medien

### Verantwortung und Chancen für die Zukunft

DGUF: *Mit der Archäologie wurde während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland zur Legitimierung der Diktatur und ihrer Ideologie Missbrauch getrieben. Heute versuchen rechtsextreme Kräfte sich immer wieder auf archäologische Quellen zu berufen, um ihre Ideologie zu legitimieren. Unter dem Deckmantel der Geschichtsdarstellung wurden im Bereich von Reenactment- und Living-History-Gruppen Bestrebungen erkennbar, die Vergangenheit zu relativieren und verbotene Symbole neu zu etablieren. Hiervon waren nicht nur bedeutende Museen, sondern auch große Fernsehanstalten betroffen. Die Sendung „ZDF-aspekte“ \* hat eine Diskussion im Fach aufgegriffen und darüber berichtet, dabei allerdings eigene Versäumnisse des*

*Mainzer Senders ausgelassen. Hier wird deutlich, dass die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der deutschen Archäologie lückenhaft geblieben ist. Archäologen aus Luxemburg \*\* haben mit Blick auf das KZ Hinzert im Hunsrück und unter Hinweis auf personelle Kontinuitäten im Nachkriegsdeutschland diesen Mangel deutlich kritisiert. Zur aktiven und passiven Rolle des Faches sind erst in Ansätzen Aussagen möglich.\*\*\* Die Folge ist, dass bis heute die damaligen Geschichtsbilder nicht ausreichend dekonstruiert wurden. Sie können daher bei Laien und Tagespublikum weiterleben oder über andere Darstellungen wie Reenactment verdeckt oder unverdeckt, gewollt oder ungewollt wieder ans Licht geraten.*

\* Sendung von „ZDF-aspekte“ am 16.1.09 bzw. 3Sat-Kulturzeit am 21.1.09.

\*\* R. Waringo, Die 'Aleburg' bei Befort. Zu den Ausgrabungen einer eisenzeitlichen Abschnittsbefestigung während der 'mittleren Nazizeit'. In: Beaufort im Wandel der Zeiten 1 (Beaufort 1993) 55-82, bes. 81.

\*\*\* W. Pape, Ur- und Frühgeschichte. In: F.-R. Hausmann (Hrsg.), Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933-1945 (2002), 329-360, bes. 331.

### IV.1 Was wollen Sie tun, um die Aufarbeitung der Vergangenheit voranzubringen und um einen Missbrauch von Archäologie und Geschichte in Zukunft zu verhindern?

				
Lebendige Erinnerung ist Teil unserer Kultur. CDU und CSU wollen Aufarbeitung verstärken.	Die Aufarbeitung der Vergangenheit, wenn sich dies als Begriff so gebrauchen lässt,	Die Politik ist in den Gremien der Rundfunkanstalten – etwa den Rundfunkräten –	DIE LINKE setzt sich für eine demokratische und plurale Erinnerungskultur ein. Mit	Wir wollen Einrichtungen darin stärken, Missbrauchs- oder Unterwanderungsversuche

<p>ken und Erinnern vertiefen. Die bewährte Gedenkstättenförderung des Bundes führen wir fort. CDU und CSU rufen Länder, Kommunen und Kreise dazu auf, Orte der Erinnerung zu erhalten.</p> <p>Vor allem auch Bildung und Wissenschaft, Literatur und Kunst sind aufgerufen, zum Bewusstsein und zur Auseinandersetzung mit der ganzen deutschen Geschichte beizutragen. CDU und CSU setzen dabei auf ein starkes Selbstbewusstsein der Geistes- und Sozialwissenschaften, die zum kulturellen Gedächtnis und zur Gestaltung unserer Zukunft wichtige Beiträge leisten. Sie fördern die Verankerung und die Diskussion über Werte und schaffen damit Orientierungsangebote. Darüber hinaus eröffnen sie das Verständnis und den Zugang zu anderen Völkern und Kulturen.</p>	<p>umfasst neben der politischen Verantwortung für den Erhalt und den Schutz unseres kulturellen Erbes auch die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur. Die Förderung des Bundes in diesen Bereichen wollen wir insgesamt fortführen.</p>	<p>vertreten. Diese repräsentieren die Interessen der Allgemeinheit und wirken auch auf die Programmplanung der Anstalten ein.</p> <p>Es ist nicht die Aufgabe des Deutschen Bundestages, konkret in die Programmpolitik der Museen oder von Rundfunkanstalten einzuwirken.</p>	<p>staatlich verordneter Gedenkpolitik geht das nicht. Das Gedenkstättenkonzept des Bundes sollte deshalb dezentrale Strukturen, die politische und inhaltliche Unabhängigkeit der Gedenkstätten und deren wissenschaftliche Fundierung befördern. Wir wenden uns gegen eine Verharmlosung und Relativierung der Verbrechen des Faschismus. Eine kritische und gründliche Aufarbeitung der deutschen Geschichte bedarf der Teilhabe und Mitbestimmung zivilgesellschaftlicher Kräfte und Organisationen und der Mitwirkung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Pädagoginnen und Pädagogen, Kultur- und Medienschaffenden und vielen anderen.</p>	<p>che – insbesondere aus dem rechtsextremistischen Dunstkreis heraus (wie z. B. durch die auf Darstellung von Kelten und Germanen spezialisierte Gruppe „Ulfhednar“) – zu erkennen und dagegen vorzugehen. Wir brauchen eine aktive Erinnerungskultur – insbesondere im Hinblick auf die Verbrechen Nationalsozialismus. Grüne Schwerpunkte hier sind die Stärkung der Zivilgesellschaft und eine Verbesserung der politischen Bildung.</p>
---	--	---	---	--

Sollte sich Politik stärker in Museen und Medienproduktionen einmischen, z.B. über Aufsichtsräte oder ähnliches?

CDU / CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE
<p>In unseren vorstehenden Antworten haben wir bereits deutlich gemacht, dass CDU und CSU sich dafür einsetzen, national wertvolles Kulturerbe besser zu sichern und leichter zugänglich zu machen. Dazu müssen alle beitragen.</p> <p>Im Bereich des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien fördert die Bundesregierung kulturelle Projekte von nationaler und internationaler Bedeutung. Neben den drei großen Kulturstiftungen unterstützt sie dabei Museen, Bibliotheken und Archive auch direkt. CDU und CSU werden bei der staatlichen Kulturförderung nicht nachlassen.</p> <p>Eine unmittelbare oder mittelbare finanzielle Beteiligung politischer Parteien an nicht klar in ihrem parteipolitischen Auftrag erkennbaren Medien und Medienunter-</p>	<p>Politische Vertreter sind wie Vertreter anderer gesellschaftlicher Gruppen auch aufgrund ihrer haushaltsrechtlichen Verantwortung in Aufsichtsgremien staatlicher geförderter Kultureinrichtungen sowie aus Gründen der außenpluralen Kontrollen in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vertreten. Damit ist keine Einmischung der Politik verbunden.</p>	<p>(Antwort siehe vorstehend)</p>	<p>Nein. Geschichte ist und bleibt ein wichtiges Feld von Politik. Das Bild von Geschichte und deren Bewertung ist Teil der Auseinandersetzung um die geistige Kultur dieser Gesellschaft. Dass Politiker/innen sich in die öffentliche Geschichtsdebatte einbringen, ist legitim und wünschenswert. In ihrer Verantwortung liegt auch, entsprechende Rahmenbedingungen für diese Diskussion zu schaffen. Eine direkte Einmischung in die inhaltliche Arbeit der Museen oder der Medien aber lehnen wir ab.</p>	<p>Museen haben eine öffentliche Verantwortung, dennoch sollte ihnen in ihrer Arbeit weitest mögliche Autonomie gewährt werden. Wir sind deshalb gegen eine verstärkte „Einmischung“ der Politik in die museale Arbeit, vor allem, wenn diese inhaltlicher Natur sein soll. Die bisherigen Kontrollmechanismen sind ausreichend, selbiges gilt für Medienproduktionen.</p>

nehmen lehnen wir ab.				
-----------------------	--	--	--	--

Sollten Museen verstärkt mit entsprechenden Forschungsstellen zusammenarbeiten und könnte dies der Bund unterstützen?

CDU / CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE
<p>Mit der Exzellenzinitiative wollen CDU und CSU den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig stärken. In den ersten beiden Runden wurden international beachtete Leuchttürme der deutschen Wissenschaft ausgewählt. Es ist gelungen, Spitzen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich sichtbar zu machen.</p> <p>Im Rahmen der Exzellenzinitiative sind Hochschulen mit Promotionsrecht berechtigt, einen Antrag zu stellen. Als Partner können daneben auch Einrichtungen ohne Promotionsrecht teilnehmen. Im Exzellenzcluster "Topoi. The Formation of Space and Knowledge in Ancient Civilizations" engagieren sich beispielsweise die Staatlichen Museen zu Berlin neben</p>	<p>Eine verstärkte Zusammenarbeit von Museen und entsprechenden Forschungseinrichtungen, wie vielerorts bereits praktiziert, ist aus Sicht der SPD zu unterstützen.</p>	<p>(Antwort siehe vorstehend)</p>	<p>Ja. Eine stärkere Zusammenarbeit von Museen mit wissenschaftlichen Einrichtungen ist wünschenswert. Wir werden in Bund und Ländern prüfen, wie dieses Zusammenwirken unterstützt werden kann.</p>	<p>Die Zusammenarbeit von Museen mit Forschungsstellen ist wünschenswert und kann von Fall zu Fall natürlich auch politisch flankiert werden.</p>

<p>Freier Universität Berlin, Humboldt Universität Berlin und weiteren außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Diese Erfolge für den Wissenschaftsstandort Deutschland wollen CDU und CSU verstetigen und werden die Exzellenzinitiative konsequent fortsetzen.</p>				
---	--	--	--	--